

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Erteilungen nehmen die Anträge, und für Auswärtige die Postanfragen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 33.

Abonnement: Die Anzeigerblätter wöchentlich für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige, auswärts 30 Pfennige, auswärts 35 Pfennige. Einzelhefte 10 Pfennige. Anzeigen 1 Reichsmark, amtl. 20 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 70

Sonnabend, den 23. März 1929

24. Jahrgang

Reparationsbesprechungen in Berlin

Die Arbeiten der Reparationskonferenz

Zum Stand der Arbeiten der Reparationskonferenz berichtet Sabas: Wahrscheinlich sind die Konferenzarbeiten weit genug vorangeschritten, so daß Dr. Schacht nach Berlin reist, versehen mit ausreichenden Hinweisen (einige Morgenblätter erklären, daß Owen D. Young dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht die Forderungen der reparationsberechtigten Länder bereits bekanntgegeben habe), damit er bei seiner Rückkehr der Konferenz allgemeine Vorschläge über die Zahl und die Höhe der deutschen Annuitäten machen kann. Daher werden, entgegen dem bisherigen Verfahren, der Vollziehung vom kommenden Montag auf Dienstag, Mittwoch und Donnerstag Voll Sitzungen folgen, die zweifellos zu den wichtigsten der Konferenz gehören werden. In ihnen wird wahrscheinlich über die Ziffern verhandelt werden. Hierbei wird man nicht verfehlen, auch die Forderungen der auf der Reparationskonferenz nicht vertretenen reparationsberechtigten Länder in Rechnung zu stellen.

Trotzki über den Kommunismus

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung veröffentlicht eine Unterredung ihres Konstantinopeler Berichterstatters mit Trotzki, der sich bereit erklärt hatte, die hauptamtlichen Vertreter der deutschen Presse zu empfangen. Auf die Frage: Ist der Kampf zwischen den Gruppen Trotzki und Stalin tatsächlich ein Kampf um Grundsätze und die Praxis ihrer Durchführung, oder ist es ein Kampf um die Führerschaft innerhalb der kommunistischen Oligarchie, antwortete Trotzki, daß ihm von den heutigen russischen Staatslenkern diese Gegenüber rein grundsätzlicher Natur, nicht etwa persönliche Aspirationen trennen. Stalin sei, um es kurz zu sagen, der Vertreter eines nationalen Kommunismus, er, Trotzki, sei Anhänger der Internationale. Ihn trenne von Stalin etwa ebensoviel, wie diesen von den Menschewiki. Das gelte für innen wie für außenpolitische Ziele. Trotzki halte den Versuch, einen russischen nationalen Kommunismus zu verwirklichen, nicht für durchführbar. Es gäbe keinen fokierten Kommunismus. Allerdings könne man nicht so weit gehen, zu behaupten, daß damit überhaupt der russische Kommunismus in Wäde zum Untergang verurteilt sei oder daß er sich nur dann halten werde, wenn auch alle anderen Staaten kommunistisch geworden seien. Die Frage sei es, ob der russische Bolschewismus in sich selbst seine Entwicklungsmöglichkeiten seien noch sehr groß. Sein Neuland werde mit dem ersten Ansturm wirklich erobert. Die Mühlen der Geschichte mahlen langsam. Die weitere Entwicklung der Geschichte, die mit der Wirtschaft auf das engste verbunden sei, gehe vom nationalen Wirtschaftsstaat zum internationalen über.

Auf die Frage, ob die Auswirkungen einer Reaktion die Angleichung an ehemalige Zustände mehr wahrscheinlich machen, als an die gegenwärtigen und welchen Sinn das Wort von einer sozialen Monarchie in Rußland habe, antwortete Trotzki, eine Gegenrevolution, falls sie möglich sei, könnte bestenfalls nur die Errungenschaften der sozialen Revolution beseitigen, sie könne das Privateigentum und das Eigentum der verstaatlichten Produktionsmittel wiederherstellen, aber niemals der großen russischen Bauernschaft den ihr zugehörigen Landbesitz wieder nehmen, es sei denn, daß — wie Trotzki wörtlich sagte — der alte Landbesitzer, falls er wieder eingesetzt sei, auf einer Kanone esse und schlafe. Im übrigen aber würde ein kapitalistisches Rußland in Europa niemals eine ähnliche Rolle spielen, wie das zaristische einst. Der Weltkrieg habe den europäischen Kapitalismus um eine Bedeutung von einst gebracht. In Amerika sei heute die Hochburg des Kapitalismus. Von dort würde die Welt noch Einiges erleben. Trotzki hält es für völlig abwegig, an einen amerikanischen Pazifismus zu glauben, wie man das in Deutschland teilweise tue. Der große Gegensatz, der bereits heute die Welt beherrscht und die gewaltigen Entscheidungen der Zukunft bedingt, sei der zwischen Amerika und Europa.

Unterdrückung der böhmischen Deutschen

Voraussetzungen in der Landesvertretung von Böhmen.

Zu Beginn der gestrigen ersten Arbeitssitzung der Landesvertretung von Böhmen in Prag, die Präsident Kubat um 11 Uhr eröffnete, kam es zu Äußerungen. Als der Vorsitzende verschiedene Präsidial-Mitteilungen bekannt gab, ohne sie ins Deutsche zu übersetzen, wie er dies in der Eröffnungssitzung der Landesvertretung getan hatte, und hierauf einem Berichterstatter über das Budget für 1929 das Wort erteilte, erhob sich der Landesvertreter Dr. Rofka und forderte, daß die Gesplogenen der ersten Sitzung beibehalten werden. Seiner Forderung und seinem Protest schlossen sich die übrigen deutschen Vertreter an, welche ununterbrochen tiefen: Geschäftsordnung! Geschäftsordnung! Der deutsche Vertreter Schaffer meldete sich zum Wort, das ihm aber unter Hinweis auf die Tagesordnung nicht erteilt wurde. Der Präsident versuchte vergebens die deutschen Vertreter zu beruhigen, welche sich um die Präsidententribüne scharten und bis zu dem Präsidentensitz vordrangen. Inzwischen sprach der Finanzreferent weiter. Unter dessen kam es in einigen Gruppen zu lärmenden Auseinandersetzungen zwischen deutschen und tschechischen Vertretern, und die ersten verließen darauf demonstrativ den Sitzungssaal. Der Finanzreferent konnte nunmehr seinen Bericht fortsetzen.

Die französische Gewalt Herrschaft im Rheinland Deutscher Verteidiger verboten.

In der heutigen Sitzung des französischen Militärgerichts in Landau, in der gegen den Kraftwagenführer Stein aus Gernersheim wegen vorläufiger Körperverletzung, begangen an einem französischen Oberfeldwebel, verhandelt wurde, stellte der Offizier-Verteidiger, ein französischer Offizier, den Antrag, das Gericht möge beschließen, daß der von dem Angeklagten gewählte deutsche Verteidiger, Senatspräsident Dr. Fähr, als Verteidiger zugelassen werde. Der Präsident des Gerichtshofes erklärte, er habe strikte Befehle vom kommandierenden General, keine deutschen Verteidiger mehr zuzulassen. Der Militärstaatsanwalt stellte den Gegenantrag und das Gericht lehnte die Zulassung Dr. Fährs als Verteidiger vor dem Militärgericht des französischen 32. Armeekorps in Landau mit der Begründung ab, das neue französische Militärstrafgesetz vom 1. Januar 1929 gestatte nicht mehr, einen ausländischen Rechtsanwalt zuzulassen. Der Angeklagte erklärte, er werde zum Zeichen des Protestes gegen diese Maßnahme kein Wort zu seiner Verteidigung sagen und keine Frage des Vorsitzenden beantworten. Das Gericht verurteilte Stein wegen fahrlässiger Körperverletzung, über den Antrag des Staatsanwalts hinausgehend, zu einem Monat Gefängnis und wegen „Flucht“ zu

weiteren 45 Tagen Gefängnis und 200 Franken Geldstrafe. Der Angeklagte hat sofort Revision beim Kassationsgericht in Mainz eingelegt.

Das Zentrum für schnelle Wahlreform

Der geschäftsführende Vorstand der Zentrumspartei befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der Wahlrechtsreform. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß die Herbeiführung der Wahlreform noch in der gegenwärtigen Reichstagsession eine unbedingte Notwendigkeit sei. Der Gesamtvorsitzende der deutschen Zentrumspartei soll in einer Sitzung, die kurz nach Ostern stattfinden wird, einen endgültigen Beschluß in dieser Richtung fassen.

Der Rebellenführer Aguirre standrechtlich erschossen

Der Rebellenführer General Jesus Aguirre ist gestern in La Nagras im Staate Bascas standrechtlich erschossen worden. Aguirre war mit seinen Begleitern nach einem Gefecht, bei dem zwei Offiziere der Rebellen den Tod fanden, gefangen genommen worden.

Rot-Kreuz-Arbeit.

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, v. Winterfeldt-Wetkin, vereinigte einige führende Persönlichkeiten bei sich, um allgemein interessierende Probleme aus der Rot-Kreuz-Arbeit zu erörtern. Reichsminister a. D. Dr. Müller berichtete über den Weltrot-Kreuzverband, Staatssekretär v. Müller über den Schutz gegen die Gaswaffe, gegen deren Anwendung das Rote Kreuz eintritt. Bei der Behandlung von Organisationsproblemen wurden die Maßnahmen besprochen, um alle Volksteile zur Mitarbeit im Roten Kreuz heranzuziehen. Der Kreis, dem auch Staatssekretär Dr. Meißner angehört, soll in gewisser Regelmäßigkeit zusammentreten und neben interessierten Einzelpersonen aus dem Reichsministerium auch Vertreter der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens umfassen.

Um Wirths „Deutsche Republik“.

Zu den Redungen und Berichten über die mit der Wochenschrift des ehemaligen Reichsstaatsanwalts Dr. Wirth „Deutsche Republik“ beabsichtigte Veränderung hören wir von außenstehender Seite, daß lediglich eine Erparnis des Redaktionskosten Etats vorgesehen ist. Die Zeitschrift, die bisher schon in Frankfurt geschäftlich geführt und auch gedruckt wurde, nämlich in der Druckerei der Rhein-Mainischen Volkszeitung, soll jetzt dort auch redigiert werden, und zwar geht die Redaktion in die Hände des Herrn Dr. Werner Thormann über, der bisher schon ständiger Mitarbeiter der Wochenschrift gewesen ist. Eine Veränderung der politischen Haltung der Zeitschrift ist nicht beabsichtigt.

Bedrohung der christlichen Missionen in Kiangsi.

Der Lazaristen-Bischof Oschen telegraphierte letzten Dienstag aus Kiangsi (Süd-Kiangsi), daß überall in der Provinz kommunistische Erhebungen lauernden hätten. Mehrere Häuser der Mission von Kiangsi seien in Brand gesteckt worden und die ausländischen Missionare hätten flüchten müssen. Der chinesische General des Bezirks habe sich für unfähig erklärt, Leben und Gut der Missionare zu schützen, und er habe umsonst um Verstärkungen gebeten. Der Bischof hat um Hilfe wegen unmittelbar bevorstehender Gefahr, es ist aber nicht wahrscheinlich, daß die Kantoner Behörden Truppen entsenden.

Der Reichshändebund gegen die Dinantbröckler.

Wie gemeldet, hat das Reichspostministerium vor kurzem eine Verfügung erlassen, nach der die von der belgischen Stadt Dinant nach Deutschland, namentlich an Bürgermeister, versandte Druckschrift „Das Märchen von den Franktireuren von Dinant“, die an zahlreichen Stellen Beleidigungen und Schmähungen des früheren deutschen Heeres enthält, von den Postanstalten von der Postbeförderung auszuschließen sei. Der Reichshändebund hat, wie er mitteilt, das Vordruck, ohne seinerseits Stellung zu nehmen, jetzt dem Auswärtigen Amt mit dem Bemerken übermittelt, daß von einer großen Zahl deutscher Städte Protest gegen die Zufendung erhoben worden sei.

Das beschlagnahmte Kaiser-Manuskript freigegeben.

Vor kurzem war bei einem Berliner Kunst- und Auktionshaus das Originalmanuskript eines Entwurfs des ehemaligen Kaisers „Aufruf an mein Volk“ aus dem Jahre 1917, der aber später nicht veröffentlicht worden war, sowie ein Originalbrief des Generalfeldmarschalls von Hindenburg beschlagnahmt worden. Die Originalhandschriften waren der Kunsthandlung von einem Privatmann zur Versteigerung übergeben worden. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Ermittlungsverfahren darüber eingeleitet, ob diese Handschriften durch Diebstahl oder auf andere unredliche Weise in Privatbesitz gelangt seien. Das Verfahren ist nunmehr zur Einstellung gebracht worden, da strafbare Handlungen nicht festgestellt werden konnten; die Dokumente wurden freigegeben.

Am Ende seines Lateins

Primo de Rivera neueste Diktaturmaßnahmen — Die spanischen Parteiführer und der König — Der grundlegende Irrtum des Diktators

Die jüngsten Studententräufel in Spanien führten dazu, daß Primo de Rivera die Universität zu Madrid schloß und zwar gleich volle anderthalb Jahre bis zum Herbst 1930. Gleichzeitig wurden sämtliche Madrider Professoren ihres Amtes enthoben. Mit den Madrider technischen Hochschulen verfuhr der Diktator in gleicher Weise. Alle anderen spanischen Universitäten schloß er für einen Monat. Nur fünf Universitäten wurden ausgenommen, nämlich Valencia, Zaragozza, Barcelona, Granada und die Universität auf den Kanarischen Inseln. Die Madrider Studenten verlieren das ganze Semester, können sich aber im nächsten Semester auf einer Provinzuniversität wieder immatrikulieren lassen. Examina werden im nächsten Monate keine vorgenommen.

Aus diesen überaus strengen Maßnahmen des Diktators, die König Alfonso unterzeichnete, ergibt sich, daß Primo de Rivera die Kundgebungen der Studenten für äußerst gefährlich ansieht. Die freihetlich und fortschrittlich gesinnte Jugend machte mit ihren Professoren gegen das in Spanien herrschende Regiment Front. Bleibt die Madrider Universität geschlossen und ziehen die Studenten der spanischen Hauptstadt in die Provinz hinaus, dann tragen sie dortin traglos den Samen der Empörung und den Geist des Aufruhrs, der sie in letzter Zeit befeuerte und der durch die blindwütige Behandlung durch die Diktatur nur noch verhärtet werden mußte.

Wichtig dabei ist, daß nicht nur die Studenten, sondern auch die Studentinnen sich an den Demonstrationen gegen den Diktator und seinen Innenminister beteiligten. Wie jetzt aus Madrid gemeldet wird, mußte Primo de Rivera zugestehen, daß gerade sie ihre Kommunikationen im Widerstande gegen die Staatsgewalt bestärkten und in der Berufung von Regierung und Polizei sich besonders auszeichneten. Sie sollen die Polizisten in nicht geringe Verlegenheit gebracht haben, da sie ihnen mit langen Nadeln in Körperweite trafen, die, wie ein vorsichtiger Reporter berichtet, „im allgemeinen für andere Zwecke bestimmt sind“. Der Diktator ist jetzt über sie demoralisiert, daß er einige Karrieren, die bisher im Staatsdienst für die Frauen offen waren, wiederum zu schließen gezwungen ist.

Sieht man tiefer, so steht hinter dem Protest der akademischen Jugend die Ablehnung des ganzen Geistes und Gehaltens der Diktatur. Es ist nicht so, daß die ganze Studentenbewegung durch und durch republikanisch und antimonarchistisch gewesen wäre. Auch der in Valencia verhaftete frühere Ministerpräsident und die Mehrheit der entlassenen Artillerieoffiziere sind keine Republikaner. Sanchez Guerra hat es aber für seine monarchistische Pflicht als ehemaliger Ministerpräsident Spaniens mit Einschluß seiner Persönlichkeit zu warnen und dem König nahezu legen, sich von dem Diktator zu trennen. Andere spanische Monarchisten folgten nach der letzten Artillerierevolte seinem Beispiel.

So wie sich bekannt, daß zwei Monarchistenführer den Herzog von Miranda, das Haupt der königlichen Familie, um die Vermittlung einer Audienz beim König Alfonso nachsuchten, in der sie dem König nahelegen wollten, den Diktator zu entlassen. In gleicher Weise wollten sie sich um die Wiedererrichtung der alten spanischen Parteien bemühen. König Alfonso, der sich mit dem Diktator auf innige Verbundenheit stützt, lehnte jedoch ihr Audienzgesuch kategorisch ab.

Jenseits der spanischen Grenzen sind die lebhaftesten Erörterungen um die Wiederbelebung der alten spanischen Parteien nahezu völlig übersehen worden, die in den letzten Wochen die Öffentlichkeit bewegten. Die liberale „La Gaceta“ verlangte im Anschluß an die Verhaftung ihres Parteiführers Sanchez Guerra, daß die alten Parteien der Ordnung wieder in die Erscheinung treten sollten. Sie fand dabei die Unterstützung der konservativen Blätter „A, B, C“ und „El Debate“, die erklärten, daß die alten Parteien sowohl für die Regierung als auch die Monarchie notwendig wären. Diktator Primo de Rivera lehnte diese Bestrebungen jedoch rundweg ab und erklärte in drei Urteilen seiner „Macton“, daß ihm nicht im Traume einfallen könnte, die alten